

## NACHRICHTEN

## Händler rechnen mit stabilen Heizölpreisen

Frankfurt. Bis zum Winter wird Heizöl nach Einschätzung von Händlern nicht mehr wesentlich billiger. Der Preis für einen Liter in der schwefelarmen Spitzenqualität betrage derzeit rund 70 Cent bei der Abnahme von 3000 Litern, erklärte gestern in Frankfurt der Chef des VEH-Verbands für Energiehandel Südwest-Mitte, Rudolf Bellersheim. Der Preis werde sich voraussichtlich bis zum Winter in einem Korridor zwischen 65 und 75 Cent bewegen. *dpa*

## Annäherung im Streit bei Saar-Pfalz-Bus

Wiesbaden. Im Tarifstreit bei Saar-Pfalz-Bus hat es nach Darstellung der Gewerkschaften Verdi und Transnet/GDBA gestern eine deutliche Annäherung gegeben. Zum Ende der fünften Tarifrunde habe sich das Unternehmen bereit erklärt, in Absprache mit dem Arbeitgeberverband bis Freitag ein verbessertes Angebot vorzulegen. Wie es heißt, soll Anfang nächster Woche ein Abschluss angestrebt werden. Dazu tagten die Gremien bereits am Montag. *red*

## Junge Menschen in Deutschland sparen mehr

Frankfurt. Junge Menschen in Deutschland legen nach einer Umfrage im Schnitt mehr als ein Fünftel ihres Einkommens auf die hohe Kante. Mit einer Sparquote von 20,4 Prozent sind die 14- bis 25-Jährigen deutlich fleißigere Sparer als deutsche Durchschnittshaushalte, die nur 11,3 Prozent ihrer Einkommen zurücklegen. Das zeigte eine Umfrage der Deutschen Bank unter 1000 jungen Menschen. *dpa*

## Produktion dieser Seite:

Joachim Wollschläger  
Sophia Schülke

## Wirtschaft

Telefon: (06 81) 5 02 22 34  
Fax: (06 81) 5 02 22 39  
E-Mail: wirtschaft@sz-sb.de

## Team Wirtschaft:

Monika Kühnborth (ika, Leiterin),  
Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt),  
Thomas Sponticcia (ts),  
Lothar Warscheid (low),  
Joachim Wollschläger (jwo)

## Studie rehabilitiert Toyota

Autofahrer waren selbst Schuld: Amerikaner geißeln den Hersteller zu Unrecht

Nach der imageschädigenden Pannenserie von Toyota-Modellen in den USA bringt eine Untersuchung eine neue Erkenntnis: Nicht Toyota ist schuld, die Amerikaner können einfach nicht Auto fahren.

Von dpa-Mitarbeiter  
Daniel Schnettler

New York. Eigentlich wäre eine dicke Entschuldigung fällig. US-amerikanische Politiker und Medien haben Toyota über Monate verfolgt. Fast täglich prasselten neue Vorwürfe auf das Unternehmen ein: Die Japaner sollten am Tod vieler Menschen Schuld sein, weil sie technische Defekte verschwiegen hätten. Die Nation hatte ihren Feind. Die Verkäufe brachen ein, Toyota erlebte die schwerste Krise der Unternehmensgeschichte.

Nun stellt sich heraus, dass es die Fahrer waren, die ihre Autos nicht unter Kontrolle hatten. Toyota trifft nach einer Regierungsstudie an den meisten Unfällen überhaupt keine Schuld. Doch das öffentliche Amerika nimmt davon kaum Notiz. Die Nachricht findet sich, wenn überhaupt, auf den hinteren Seiten der Zeitungen. Als Toyota am Pranger stand, landete das Unternehmen fast täglich auf den Titelseiten.

Konzernchef Akio Toyoda persönlich musste sich öffentlich demütigen lassen. Politiker griffen den Enkel des Konzerngründers bei einer Anhörung vor dem US-Kongress scharf an – mit vielen herzerreißenden Geschichten von Toten und Verletzten und wenig handfesten Beweisen.

Die Kongressabgeordneten nutzen die Anhörungen als Bühne zur Selbstdarstellung,



Mit einer Verbeugung vor den Kunden hatte sich Toyota-Chef Akio Toyoda für die Pannenserie in den USA entschuldigt. Foto: afp

schließlich ging das Drama live auf Sendung und vor den Bildschirmen saßen die Wähler. Verkehrsminister Ray LaHood setzte sich an die Spitze der Toyota-Jäger – und lenkte davon ab, dass die ihm unterstellte Verkehrssicherheitsbehörde nur zögerlich auf die Unfallberichte bei Toyota reagiert hatte.

Denn es gab sie tatsächlich, die klemmenden Gaspedale und rutschenden Fußmatten und die Unfälle. Das streitet selbst Toyota nicht ab und rief deshalb rund acht Millionen

Wagen weltweit zurück, die meisten davon in den Vereinigten Staaten.

In den meisten Fällen allerdings, so die Studie, machten die Menschen die tödlichen Fehler. Die Auswertung von 58 Unfalldatenschreibern zeigt, dass die Fahrer in mindestens 35 Unfällen überhaupt nicht auf die Bremse getreten hatten; in anderen Fällen bremsen sie nur halbherzig oder schlicht zu spät.

Der japanische Hersteller leidet noch immer unter den Fol-

## MEINUNG

## Zu früh verbeugt

Von SZ-Redakteur  
Joachim Wollschläger

Akio Toyoda hat sich zu früh verbeugt – und damit die Verantwortung für die Pannenserie übernommen. Die wird er jetzt trotz der Untersuchungsergebnisse nicht ganz los. Denn letztlich hat Toyota damit mögliche Fabrikationsfehler eingeräumt.

Toyota selbst ist daraus kein Vorwurf zu machen. Angesichts zahlreicher Todesfälle blieb ihm kaum etwas anderes übrig, als Autos zurückzurufen und präventiv die Verantwortung für die Pannen zu übernehmen – alles andere wäre zynisch gewesen.

Jetzt muss das Unternehmen aktiv versuchen, Vertrauen in den USA zurückzugewinnen. Das wird eine schwierige Aufgabe. Denn die Medien, die so dankbar die Pannen ausgeschlachtet haben, lassen Toyota jetzt im Regen stehen.

Obwohl der Automarkt allgemein boomt, lagen die Toyota-Verkäufe in den USA im Juli drei Prozent unter denen des Vorjahresmonats. Seine über Jahre erkämpfte Stellung als drittgrößter Autoverkäufer in den USA hat Toyota an Ford verloren.

Mehrere Studien bescheinigen den Wagen noch immer eine anhaltend gute Qualität. Anscheinend sind die US-Autofahrer die einzigen, die ihre Toyotas nicht im Griff haben.

## Kraftwerksbetreiber streben bei Laufzeiten „Kuhhandel“ an

Berlin/Düsseldorf. Im Ringen um längere Laufzeiten für Atomkraftwerke wollen die vier großen Energiekonzerne offenbar mit „Sonderabführungen“ in Milliardenhöhe die Einführung einer Brennelementesteuer verhindern. Das „Handelsblatt“ berichtet unter Berufung auf den Entwurf für einen „Energiewirtschaftsvertrag“ zwischen Unternehmen und Bundesregierung, die Konzerne seien bereit, den Bund an ihren Zusatzgewinnen zu beteiligen. Nach Informationen des Blattes wird über einen Betrag von 30 Milliarden Euro für einen Verlängerungszeitraum von zwölf Jahren gesprochen.

Vize-Regierungssprecher Christoph Stegmann verwies gestern darauf, dass die Brennelementesteuer im Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung verabredet worden sei. Die Umsetzung laufe. Im September will die Bundesregierung ihr Energiekonzept beschließen. „Zu den einzelnen Ständen der Umsetzung geben wir vor Abschluss der Gespräche keinerlei Stellungnahme ab“, sagte Stegmann.

Eon widersprach der genannten Summe von 30 Millionen Euro: „Vermutungen über die Größe eines Paketes sind nicht zutreffend“, sagte Eon-Vorstandschef Johannes Teysen. Gleichzeitig geht Eon davon aus, dass die geplante Brennelementesteuer den operativen Gewinn mit 1,3 bis 1,5 Milliarden Euro belasten wird.

Grünen-Fraktionsvize Bärbel Höhn nannte den Vorstoß der Stromkonzerne „unmoralisch“. „Die Atomkonzerne wollen sich mit ihren Milliarden längere Laufzeiten, Steuerfreiheit und niedrige Sicherheitsauflagen erkaufen“, sagte Höhn. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland kritisierte den Deal als „gefährlichen Kuhhandel“.

Bislang ist die Produktion der Kernkraftwerke gedeckelt: Jedem Kraftwerk steht eine bestimmte Strommenge zu, sobald diese produziert wurde, erlischt die Betriebsgenehmigung. *ddp*

## Unternehmen zeigen Interesse am Industriegebiet Steitzhof

Zweibrücken. Bereits Anfang 2011 will die Verope Service GmbH ihren Betrieb im Industriegebiet Steitzhof neben dem Zweibrücker Flughafen aufnehmen. Die Baumaßnahmen des Logistikzentrums gehen nach Angaben des Unternehmens zügig voran und sollen bis Dezember abgeschlossen sein.

Neben Verope haben bereits mehrere Unternehmen Interesse an dem neuen Areal angemeldet. Unter anderem will JL Metallbau aus Niederwürzbach auf dem Gelände einen Betrieb ansiedeln. Auch die Stahlbaufirma Brück GmbH aus Ensheim habe Interesse angemeldet, sagt Brück-Mitarbeiter Klaus Heinrich. *fs*

## Bundesfinanzhof mahnt neue Grundlagen für Grundsteuer an

Berlin. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat die Länder ermahnt, die so genannte Einheitsbewertung für Grundsteuer neu zu berechnen.

Für die Berechnung des Einheitswerts von Grundstücken werden zurzeit Referenzwerte von 1967 auf den aktuellen Wert hochgerechnet. In den östlichen Bundesländern bilden sogar Werte von 1935 die Grundlage.

Der derzeitige Rückgriff auf Jahrzehnte alte Schätzungen sei in Bälde mit dem Gleichheitssatz nicht mehr vereinbar, heißt es in dem gestern veröffentlichten Urteil. (Az: II R 60/08). Die Grundsteuer ist eine wichtige Einnahmequelle der Kommunen. *afp*

## Bau der Meeresfischzucht in Völklingen geht weiter

Völklingen. Die geplante Völklinger Meeresfischzucht-Anlage soll weitergebaut werden und bis Jahresende betriebsbereit sein. Das erklärten gestern in einer gemeinsamen Pressekonferenz Jochem Dahm, Geschäftsführer der Meeresfischzucht Völklingen (MFV) GmbH, Friedrich Esser, Chef der International Fish Farming Technology (IFFT) GmbH, die 10,1 Prozent der MFV-Anteile hält, und Oberbürgermeister Klaus Lorig als Aufsichtsratsvorsitzender. Beim Weiterbau soll nach Angaben des Trios der „Rahmen des bisherigen Budgets“ von 15 Millionen Euro nicht überschritten werden.

Auch die jüngsten Finanzprobleme seien ausgeräumt, hieß

es. Die Saar-LB habe ihren Zahlungsstopp für Kredite wieder aufgehoben. Also werde die MFV spätestens heute ausstehende Zahlungen an Subunternehmer in einer Gesamthöhe von rund einer Million Euro auf den Weg bringen. Und interne Finanzstreitigkeiten seien mit einer eben erst unterzeichneten Vereinbarung beigelegt.

Der Vereinbarung zufolge soll die IFFT – sie hat beim Bau der Völklinger Anlage die Generalunternehmer-Rolle inne – bisher strittige Gemeinkosten berechnen dürfen, allerdings erst zum Projekt-Ende. Im Gegenzug zieht die IFFT Mahnbeseide und einen Antrag auf Fremdsolvenz gegen die MFV zurück. *dd*

## US-Notenbank stützt Konjunktur

Federal Reserve kauft Anleihen und drückt so Zinsen nach unten

Die amerikanische Notenbank will der schleppenden Konjunktur auf die Sprünge helfen. Mit Finanzhilfen, die nach der Wirtschaftskrise zurückfließen, will die Bank nun im großen Stil Anleihen aufkaufen.

Washington. Mit einem neuen geldpolitischen Manöver will die US-Notenbank der amerikanischen Konjunktur auf die Sprünge helfen. Die Federal Reserve kündigte am späten Dienstag Abend den Kauf langlaufender Staatsanleihen an, um damit die entsprechenden Zinsen nach unten zu drücken. Zugleich bestätigte die Zentralbank abermals den historischen Tiefstand ihres Leitzinses in der Spanne zwischen 0,0 und 0,25 Prozent.

Das Tempo der Konjunkturerholung habe sich in den vergan-

genen Monaten verlangsamt, schrieb die Notenbank in ihrer Mitteilung. Der Aufschwung werde kurzfristig „wahrscheinlich moderater ausfallen als zunächst erwartet“. Die Verbraucherausgaben stiegen zwar allmählich, würden aber von der hohen Arbeitslosigkeit, nur langsam steigenden Einkommen und schwierigen Kreditbedingungen gedämpft. Von der Lage am Immobilienmarkt zeichnete die Notenbank weiter ein trübes Bild.

Die Fed blieb bei ihrem Wortlaut, dass ein „außergewöhnlich niedriges Zinsniveau über einen längeren Zeitraum“ erforderlich sei. Börsianer sahen darin und in den geplanten Käufen der Staatsanleihen Signale, dass die Fed entschlossen gegen einen möglichen Rückfall in die Rezession vorgehen wolle.

Den Kauf der langlaufenden Staatsanleihen will die Fed finanzieren, indem sie auslaufende Hypotheken- und andere Kredite der staatlichen Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac umschichtet.

Die Notenbank hatte im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise Hypotheken- und andere Kredite der beiden angeschlagenen Baufinanzierer sowie Staatsanleihen für zusammen rund 1,7 Billionen Dollar erworben. Schätzungen zufolge wurden dadurch die langfristigen Zinsen um einen halben Prozentpunkt gedrückt.

Die US-Volkswirtschaft war nach vorläufigen Zahlen im zweiten Quartal aufs Jahr hochgerechnet um lediglich 2,4 Prozent gewachsen, nach 3,7 Prozent in den drei Monaten zuvor. *dpa*

## Platzieren Sie kostenlos aktuelle SZ-Nachrichten auf Ihrer Website

Ihre Vorteile:

- Mehr als 50 Themen zur Auswahl
- kostenloser Eintrag im SZ-Partnerkatalog
- Rücklink von den SZ-Nachrichten auf Ihre Seite

Mehr zum kostenlosen SZ-Service  
[www.sz-partnerprogramm.de](http://www.sz-partnerprogramm.de)



z.B. Die Homepage Ihrer Praxis,  
die Homepage Ihrer Firma, Ihres Vereins,  
Ihrer Gemeinde, ...

SZ-PARTNERPROGRAMM